

Himmel und Hölle in der Spitalversorgung

PODIUM Am Mittwochabend diskutierte eine Expertenrunde über die Zukunft der Spitalversorgung der Zentralschweiz. Dabei zeigten die Fachleute auf, was für sie der Himmel ist – und was die Hölle.

von David Koller

«In 15 bis 20 Jahren haben wir eine starke ambulante Grundversorgung mit regionalen Gesundheitszentren, wo interdisziplinäre Teams arbeiten.» So sieht in der Vorstellung von Gesundheitsdirektorin Michaela Tschuor die optimale Zukunft aus. Bei Symptomen kontaktiere ein Patient zuerst via App die Gesundheitsleitstelle. Diese berate fundiert und organisiere die richtige Versorgung. «So haben wir eine perfekte Triagierung der Patientenströme.» In der Vision der Regierungsrätin gibt es Zentrumsspitäler und Aussenstandorte in der Landschaft. Wichtig sei ferner, dass die Tarife die Kosten decken und «Überbehandlungen der Vergangenheit angehören».

«Himmel und Hölle» der Spitalversorgung

Ihre Vision tat Michaela Tschuor am Mittwochabend vor einem vollen Kantonsratssaal kund. Noch selten habe sie hier vor einem so kompetenten Publikum gesprochen, sagte sie – und erntete viele Lacher. Sie meine damit, dass so viele Fachleute vor Ort seien, präzisierte die Magistratin. Anwesend war Prominenz aus Politik und Gesundheitswesen. «Die vielen Gäste zeigen, wie sehr das Thema interessiert», sagte alt Nationalrätin Ida Glanzmann in ihrer Begrüssung. Sie ist Präsidentin des Luzerner Forums für Sozialversicherung und soziale Sicherheit, das den Anlass organisierte. «Diskussionen rund um das Gesundheitswesen begleiten uns fast täglich», sagte die Althoferin und nannte einige Brennpunkte: Fachkräftemangel, Spitalprojekte oder fehlende Hausärzte.

Moderiert wurde das Podium vom Geschäftsführer des Forums, Hannes Blatter. In der Spitalplanung gewinne das Überregionale immer mehr an Bedeutung, sagte er in seinem Eintrittsvotum. Und schob nach: «Hier ist die Zentralschweiz für einmal ein bisschen voraus.» Denn zur LUKS-Gruppe



Diskutierten über Himmel und Hölle der Spitalversorgung (von links): Stefan Felder, Philomena Colatrella, Moderator Hannes Blatter, Michaela Tschuor und Peter Werder. Foto Monique Wittwer

rund um das Luzerner Kantonsspital gehört auch die Spital Nidwalden AG. Voraussichtlich wird demnächst zudem das Kantonsspital Obwalden dazustossen.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion wollte Blatter von den Teilnehmenden wissen, wie aus ihrer Sicht die Spitalversorgung im besten Fall aussehe – das Szenario Himmel – und wie die Hölle. Das war eine ideale Ausgangslage für pointierte Voten.

Visionen und Realitäten

Für Philomena Colatrella, CEO des Krankenversicherers CSS, gibt es im Himmel eine gute ambulante Versorgung. Die vom Stimmvolk im November angenommene einheitliche Finanzierung von Gesundheitsleistungen habe dazu die Weichen gestellt. In der optimalen Zukunft seien die heutigen kleinen Standorte «neu ausgerichtet und fungieren als Ambulatorien ausserhalb der Spitäler». Damit könne man «auf viele Nachtschichten verzichten und habe tagsüber mehr Personal zur Verfügung». Im Notfall sei der Rettungswagen innert kürzester Zeit vor Ort. Das sei «möglicherweise helfender» als ein Spital in der Region. Folglich: «Für langfristige und planbare Eingrif-

fe nehmen Patientinnen und Patienten längere Distanzen in Kauf.»

Im Himmel von Peter Werder wiederum, CEO des Kantonsspitals Obwalden, gibt es bei der Planung keine kantonalen Perspektiven mehr. Geografische Grenzen brächten in der medizinischen Versorgung nichts, «sie kosten nur». Ohnehin sei nicht die Zahl der Standorte massgebend, sondern das Angebot.

Vision: Zentralschweizer Versorgungskluster

Philomena Colatrella, die jüngst als Bundesratskandidatin gehandelt wurde und dankend ablehnte, präsentierte ein von der CSS unterstütztes Pilotprojekt: In Morges VD sind verschiedene Akteure in ein Netz eingebunden – Spitäler, Reha-Kliniken, Spitex, Alters- und Pflegeheime, Hausärzte, medizinische Zentren und Apotheken. Zentral ist eine rund um die Uhr erreichbare telefonische Beratung und Koordination. Eine solche vertikale Integration schwebt ihr auch für die Zentralschweiz vor, so Colatrella. Wichtig sei für «diese Vision eines Versorgungsklusters» eine fortgeschrittene und einheitliche Digitalisierung. «Alle arbeiten mit derselben Kliniksoftware und haben Zugang zu den gleichen Patientendaten.»

Abbau von 580 Betten

Soweit der Himmel. Und die Hölle? «Die heutige Situation ist es», sagte Stefan Felder. Der gebürtige Hergiswiler ist Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel und vertrat am Podium eine kontroverse Ansicht: Er rechnete vor, dass es derzeit in der Zentralschweiz aus ökonomischer Sicht viel zu viele Spitalbetten gebe. In seinem Himmel sind es rund 580 weniger, die übrigen 950 bieten nur noch zwei Spitäler an: Zug und Luzern. Momentan herrsche in der hiesigen Versorgung «das St.-Florians-Prinzip»: «Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' and're an!» Das müsse sich ändern.

Anders sieht es Gesundheitsdirektorin Tschuor: In ihrer Hölle gibt es keine Landspitäler mehr. Dafür viele Lufttretungen – «und die Stadt Luzern ärgert sich über den Lärm der Helikopter». In der Dystopie von CSS-CEO Colatrella «ist es nicht gelungen, die Spitalplanung überregional zu koordinieren». Nach wie vor gebe es eine zu hohe Dichte, «Rettungsaktionen für lokale Spitäler sind zum Standard geworden». In Peter Werders Hölle beziehen alle die ihnen zustehenden Angebote – ob sinnvoll oder nicht. «Es ist wie im All-inclusive-Hotel: Man füllt sich einfach den

Teller.» Er wüsche sich einen Paradigmenwechsel: «Wir müssen den Fokus auf Lebensqualität legen.» Im Zentrum stehen müsse statt eines möglichst langen Lebens «ein möglichst gutes».

Ambulante Versorgung als Allheilmittel?

Die Podiumsteilnehmenden geben viel auf den Ausbau der ambulanten Versorgung. Eine ZuhörerIn aus dem Plenum setzte dahinter ein grosses Fragezeichen. Die Mehrheit des Tages verbringe ein Patient alleine zu Hause. «Wer begleitet ihn aufs WC? Wer macht die Umlagerung? Wer kocht? Wer beruhigt ihn, wenn er Angst hat?» All das komme zu kurz. Ins selbe Horn stiess ein anderer Votant: «Die angestrebte Bettenstreicherei ist ein Luftschloss.» Das Problem liege vielmehr in der Überversorgung: «Wir bieten Dienstleistungen, die es nicht braucht.»

In der Schlussabstimmung gaben sich die Anwesenden im Kantonsratssaal dennoch einigermaßen zuversichtlich: «Kriegen wir es hin, die heutigen Probleme zu lösen?», wollte Moderator Hannes Blatter wissen. Die Mehrheit der Gäste ging davon aus, dass die Reise in Richtung Himmel führt, nicht in die Hölle.

Die Volksschule wächst

SCHÜLERZAHLEN Derzeit besuchen 44 273 Lernende die öffentliche Regelschule. Das sind knapp 500 mehr als im Vorjahr. Erstmals seit langem sinken die Zahlen im Kindergarten und in der Basisstufe.

Die Zahl der Lernenden an der Luzerner Volksschule nimmt weiter zu, allerdings hat sich das Wachstum etwas verlangsamt. Das ist einer Mitteilung der Staatskanzlei zu entnehmen. Im aktuellen Schuljahr 2024/25 besuchen 44 273 Kinder und Jugendliche die öffentliche Regelschule. Merkbar ist der Anstieg insbesondere in der Primar- und die Sekundarschule. Im Kindergarten und in der Basisstufe hingegen sanken die Lernendenzahlen seit über zehn Jahren erstmals leicht. Grund dafür sind gemäss der Mitteilung die geburtschwächeren Jahrgänge 2019 und 2020.

Mehr Integration

Momentan besuchen 1963 Lernende mit einer Sonderschulmassnahme den Unterricht in der Volksschule. Erstmals ist die Zahl der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler (1009) höher als jene der separativ beschulten (954) – also von Schülerinnen und Schülern, die eine spezielle Bildungsstätte besuchen. Diese Entwicklung entspreche dem Grundsatz «Integration vor Separation», heisst es.

Die Zahl der Lernenden mit einer Sonderschulmassnahme im Bereich Verhalten und sozio-emotionale Entwicklung stieg im aktuellen Schuljahr überproportional an. Von den besagten 1009 in Regelklassen integrierten Schülerinnen und Schülern mit Sonderschulmassnahmen sind 583 diesem Bereich zuzuordnen. «Die Belastung der Lehrpersonen im Umgang mit herausforderndem Verhalten ist hoch», wird Martina Krieg zitiert, Leiterin der Dienststelle Volksschulbildung (DVS). «Die DVS begleitet Schulen auf dem Weg der weiteren Professionalisierung, um auch herausforderndes Verhalten tragen zu können.» Kanton und Gemeinden unterstützen die Schulen mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen.

Zunahme im Förderangebot «Deutsch als Zweitsprache»

Auch «Deutsch als Zweitsprache» (DaZ) verzeichnet erneut mehr Lernende. 10 065 Schüler/-innen – das entspricht 22,7 Prozent – besuchen das Förderangebot im aktuellen Schuljahr. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg von 312 (22,3 Prozent). Im Kindergarten liegt der prozentuale Anteil bei 36,7 Prozent (Vorjahr 37,4 Prozent) und in der Basisstufe bei 21,9 Prozent (22,3 Prozent). In der Primarschule stieg der Anteil der Lernenden mit DaZ auf 24,6 Prozent (23,9 Prozent), in der Sekundarschule auf 8,6 Prozent (7,6 Prozent). dk.

Strafregisterauszug für Lehrpersonen

BILDUNG Eine neue Weisung verpflichtet Schulen, bei Anstellungen von Lehr- und Schulpersonal einen Strafregisterauszug sowie einen Sonderprivatauszug zu verlangen. Der Regierungsrat setzt damit einen Vorstoss aus dem Parlament um.

Luzerner Schulen seien verpflichtet, alle notwendigen Massnahmen zum Schutz der Schulkinder zu ergreifen, teilte der Regierungsrat am Montag mit. Um das zu gewährleisten, hat das Bildungs- und Kulturdepartement eine neue Weisung erlassen. Sie ist eine Reaktion auf einen parlamentarischen Vorstoss im Kantonsrat. Künftig muss den Schulen bei der Anstellung von Lehr- und Schulpersonal auf allen Stufen ein maximal drei Monate alter Strafregisterauszug sowie ein Sonderprivatauszug vorgelegt werden. Letzter gibt Auskunft darüber, ob es einer Person verboten ist, mit Minderjährigen oder besonders schutzbedürftigen Personen zu arbeiten oder mit ihnen in Kontakt zu treten.

Weisung gilt bereits ab Mitte Februar

Als weitere Schutzmassnahme ist bei Anstellungslücken, häufigen Stellenwechseln oder sonstigen Auffälligkeiten die Liste der Erziehungsdirektoren-



Neu verlangen Luzerner Schulen vom Lehrpersonal einen Strafregisterauszug sowie einen Sonderprivatauszug. Symbolbild Keystone, Christian Beutler

renkonferenz (EDK) zu konsultieren, die Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung aufführt, heisst es in der Mitteilung.

Zudem nimmt die kantonale Dienststelle Personal standardisiert bei allen Lehrpersonen im zweiten und fünften

Anstellungsjahr eine Anfrage bei der EDK vor, ob sie auf besagter Liste eingetragen sind. Die neue Weisung gilt ab dem 15. Februar in allen Bildungsstätten der Volksschule, bei den Musikschulen, in privaten Sonderschulen und an allen kantonalen Schulen. sda